
8384/J XXVII. GP

Eingelangt am 22.10.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abg. Dr. Dagmar Belakowitsch, Peter Wurm
und weiterer Abgeordneter
an den Bundesminister für Arbeit

betreffend „**Eigenstudie – Kampf gegen die Arbeitslosigkeit**“-Research-Affairs

Die Meinungsforscherin Sabine Beinschab hat mit ihrem Marktforschungsinstitut Research-Affairs am 10. Juli 2021 eine Umfrage unter dem Titel „Eigenstudie – Kampf gegen die Arbeitslosigkeit-Research-Affairs“ veröffentlicht.

research affairs - Aktuelle Studien

ÖsterreicherInnen sprechen sich klar für Druck auf unwillige Arbeitslose aus
Eine aktuelle Umfrage von research affairs zeigt, dass die ÖsterreicherInnen Sanktionen beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit befürworten

Gerade jetzt nach der Corona-Krise wünscht man sich, dass die Wirtschaft wieder angekurbelt wird. Jeder einzelne Bürger kann etwas dazu beitragen. Für unwillige Arbeitslose hat man kein Verständnis.

Sabine Beinschab, Studienautorin

Wien (OTS) - Laut einer aktuellen Studie von research affairs, sprechen sich 74% der ÖsterreicherInnen für Sanktionen beim Arbeitslosengeld oder der Notstandshilfe aus, um Arbeitslose, die zumutbare Jobs nicht annehmen, zu „motivieren“. ÖVP-WählerInnen befürworten den Vorschlag des Arbeitsministers am stärksten (92%). Aber auch unter den SPÖ-WählerInnen liegt die Zustimmung bei 52%. Weiters geben knapp zwei Drittel (65%) der Bevölkerung an, dass der Zuverdienst in der Arbeitslosigkeit befristet werden soll. ÖVP-WählerInnen (74%) sind tendenziell noch stärker dafür.

Studienautorin Sabine Beinschab fasst die Ergebnisse folgendermaßen zusammen: "Gerade jetzt nach der Corona-Krise wünscht man sich, dass die Wirtschaft wieder angekurbelt wird. Jeder einzelne Bürger kann etwas dazu beitragen. Für unwillige Arbeitslose hat man kein Verständnis."

ÖsterreicherInnen sprechen sich klar für Druck auf unwillige Arbeitslose aus | BB Research Affairs GmbH, 10.07.2021 (ots.at)

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Arbeit nachstehende

ANFRAGE

- 1) Kennen Sie diese Studie?
- 2) Hatten Sie bzw. Ihr Kabinett oder das Generalsekretariat des Bundesministeriums für Arbeit bzw. Mitarbeiter des Ressorts im Vorfeld dieser Studie Kontakt mit der Meinungsforscherin Sabine Beinschab bzw. der Firma BB Research Affairs GmbH?
- 3) Können Sie ausschließen, dass Sie bzw. Ihr Kabinett oder das Generalsekretariat des Bundesministeriums für Arbeit bzw. Mitarbeiter des Ressorts im Vorfeld dieser Studie einzelne Fragen bzw. Fragestellungen an die Meinungsforscherin Sabine Beinschab bzw. der Firma BB Research Affairs GmbH geliefert haben?
- 4) Wenn ja, auf welcher Grundlage?
- 5) Können Sie ausschließen, dass der Vorstand des Arbeitsmarktservice (AMS) bzw. Mitarbeiter des AMS im Vorfeld dieser Studie einzelne Fragen bzw. Fragestellungen an die Meinungsforscherin Sabine Beinschab bzw. der Firma BB Research Affairs GmbH geliefert haben?
- 6) Wenn ja, auf welcher Grundlage?
- 7) Hat das Bundesministerium für Arbeit, Familie und Jugend bzw. das Bundesministerium für Arbeit seit dem 1. Jänner 2020 zu irgendeinem Zeitpunkt eine geschäftliche Verbindung zur Meinungsforscherin Sabine Beinschab bzw. der Firma BB Research Affairs GmbH?